

Editorial

von Karlheinz Weißmann

Das innenpolitische Ereignis dieses Sommers ist die Reorganisation der radikalen Linken durch Zusammenschluß von WASG und PDS. Man kann diesen Vorgang in mehrfacher Hinsicht als aufschlußreich bewerten:

1. insofern sich noch einmal zeigt, was es für den Versuch einer Partei-neugründung bedeutet, wenn sie der Sympathie oder wohlwollenden Neutralität der Medien sicher sein kann. Das war schon bei den „Grünen“ so, und das ist wieder so bei der „Linken“. Man muß gar nicht die sattsam bekannte Talkshow-Präsenz von Gysi und Bisky und Lafontaine thematisieren, es genügt der Hinweis, daß über PDS-Parteitage im öffentlich-rechtlichen Fernsehen berichtet wurde, als handele es sich um eine beliebige andere Partei, und daß es nicht einmal die bürgerlichen Blätter (bei gelegentlicher Ausnahme der FAZ) für nötig hielten, grundsätzliche Kritik an Programmatik und Personalauswahl zu üben; was

2. damit zusammenhängt, daß die Linke ihrer Sympathisanten unter den „Sinnvermittlern“ (Helmut Schelsky) nach wie vor sicher sein kann und das „pas d’ ennemis à la gauche“ – „keine Feinde auf der Linken“ – weiter wirkt und sogar Überläufer, Stalin-Nostalgiker und Straßenkämpfer umfaßt. Das Einverständnis ist manchmal ein offenes und häufiger ein stillschweigendes, seit dem Ende der sechziger Jahre fest etabliert und hat zu einem System intellektueller Inzucht geführt, das keine Einflußnahme von außen erlaubt.

3. wird man feststellen müssen, daß sich die Versäumnisse aus den Jahren 1989ff. noch einmal rächen. Da es keine Abrechnung mit den SED-Chargen gegeben hat und keine *Reeducation* der mitteldeutschen Bevölkerung, blieb in den alten Bundesländern die Vorstellung erhalten, als ob der rote Totalitarismus ganz zu Recht in einem freundlichen Licht erscheine (zumal beim Vergleich mit dem braunen), und in den neuen gelang es der alten Staatspartei, sich als neue „Lega Ost“ (Arnulf Baring) zu präsentieren, die das Elend nicht nur nicht zu verantworten hatte, sondern auch die eigentliche Bewahrerin regionaler Identität gegen die westdeutschen Begehrlichkeiten war. Was alles aber

4. nicht davon ablenken sollte, daß die Gründung der Partei „Die Linke“ in manchem der Normalisierung des politischen Systems der Bundesrepublik zugute kommt. Dieses war durch die besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit überstabil, unterschied sich deutlich von dem der westlichen Nachbarn und der eigenen politischen Tradition und war geprägt von der Bindungskraft der Volksparteien, die lange Zeit eine sehr heterogene Wähler- und Anhängerschaft vereinten, weshalb die ganze Sache

5. vielleicht doch etwas Positives hat: Wo der linke Flügel mehr als komplett ist mit Kommunisten, Sozialdemokraten und Grünen, die Mitte von FDP und Union besetzt bleibt und die radikale Rechte von der NPD repräsentiert wird, gibt es einen natürlichen Entfaltungsraum für eine konservative Partei. Allerdings wird Politik nicht von natürlichen Gesetzen bestimmt, sondern von menschlichem Eingreifen.